

# Gemeinden fordern Löschung der Deponie im Richtplan

Für Weesen und Amden ist der Deponiestandort im Sittewald wegen der unzureichenden Zufahrt für Lastwagen ungeeignet. Die beiden Gemeinden ziehen den Kanton deswegen jetzt vor Verwaltungsgericht.

**Urs Zweifel**

21.03.22 - 20:46 Uhr **Politik**



Geplanter Deponiestandort: Im ehemaligen Steinbruch Köppel an der Strasse zwischen Weesen und Amden soll dereinst Bauschutt abgelagert werden.

Bild Markus Timo Rüegg

Die Gemeindepräsidenten von Weesen und Amden waren alles andere als erfreut. Als die Regierung am 24. Februar bekannt gab, die Sittewald-Deponie oberhalb von Weesen definitiv in den kantonalen Richtplan aufzunehmen,

wollten sie das nicht einfach so hinnehmen. Marcel Benz und Peter Remek kündigten an, den Entscheid zu überprüfen und allenfalls Schritte dagegen zu unternehmen («Linth-Zeitung» vom 25. Februar).

Das ist jetzt geschehen: Die beiden Politischen Gemeinden haben am 9. März beim Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen Beschwerde erhoben gegen den Beschluss der Regierung, wie sie am Montag gemeinsam mitteilten. Begründet wird die Beschwerde mit der fehlenden Eignung des geplanten Deponiestandorts sowie einer nicht rechtskonformen Abwicklung des Verfahrens. Weesen und Amden fordern mit der Beschwerde die Löschung der Deponie aus dem kantonalen Richtplan.

## **Hauptstreitpunkt ist die Zufahrt**

Die Ortsgemeinde Weesen plant als Grundeigentümerin, den ehemaligen Steinbruch Köppel als Deponie zu nutzen. Der Steinbruch im Sittewald liegt auf Ammler Boden. Er soll dereinst mit tonnenweise Bauschutt von Baustellen aus der Region aufgefüllt und renaturiert werden. Es ist die Rede von 250 000 bis 500 000 Kubikmetern Aushubmaterial und Inertstoffen, die dort abgelagert werden sollen. Bei Inertstoffen handelt es sich um Steine, Beton, Backsteine, Ziegel sowie Mauerabbruchs- und Strassenaufbruchsmaterial.

Dagegen regt sich nicht erst seit der Festsetzung im Richtplan Widerstand. Bereits die Aufnahme der Deponie Sittewald vor zwei Jahren als Zwischenergebnis im Richtplan rief Gegner auf den Plan. So reichten über 400 Personen aus Weesen und Amden eine Petition gegen das Vorhaben ein.

Hauptstreitpunkt ist für die Gemeinden Weesen und Amden nach wie vor die in ihren Augen ungelöste Zufahrt zur Deponie. Die Regierung kam bei der Festsetzung der Deponie im Richtplan zwar zum Schluss, dass die Erschliessung des Standorts möglich sei. Dies hätten Abklärungen mit der Kantonspolizei St. Gallen und dem kantonalen Strassenkreisinspektorat ergeben.

## **Autobusse müssen jeweils warten**

Marcel Benz ist jedoch auch in der jetzt eingereichten Beschwerde ans Verwaltungsgericht ganz anderer Meinung. Die Lastwagenfahrten zur Deponie würden Weesen nicht nur mit Lärm und Dreck belasten, sondern seien eine Gefahr insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Die Strasse durchs Dorf sei an manchen Stellen schlicht zu eng, als dass zwei Lastwagen kreuzen könnten, sagt der Weesner Gemeindepräsident.

Dieses Problem zeige sich schon heute bei den Kursfahrten des Autobetriebs Weesen-Amden (AWA). Dessen Autobusse könnten zum Beispiel zwischen den Haltestellen Hirschen und Seestern nicht kreuzen. Fahre der eine Kurs von Ziegelbrücke nach Amden, müsse jener in umgekehrter Richtung jeweils beim Seestern warten, bis der andere passiert habe.

Die Strasse wird auf weiteren Abschnitten auf der einen Seite durch das Trottoir, auf der anderen Seite durch Mauern oder Grundstücke begrenzt. Zudem führt zum Teil ein Schul- und Veloweg entlang der Ortsdurchfahrt. Die zusätzlichen Lastwagenfahrten auf der teilweise schmalen Strasse sieht Benz als Risiko für Schulkinder und Velofahrer. Für ihn ist klar, dass eine solche Ausgangslage vor der Festsetzung der Deponie im Richtplan hätte ausreichend geprüft werden müssen, umso mehr als es sich um eine Kantonsstrasse handle und die ungenügende Strassenbreite dieser Ortsdurchfahrt dem Kanton seit Langem bekannt sei.

Genauso kritisch sieht der Ammler Gemeindepräsident Peter Remek die Erschliessung der Deponie durch den Dorfkern von Weesen und das Wohnquartier Fli-Amden. Sie sei unzureichend und erfülle auch die Normen des Schweizerischen Verbands der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) nicht. Es sei lediglich die Einfahrt zur Deponie untersucht worden – dies aber ohne Beteiligung der Gemeinden Weesen und Amden.

## **Gang ans Bundesgericht möglich**

Überhaupt bemängelt Remek, dass sie zur Deponie Sittewald nie wirklich zur

Mitwirkung eingeladen worden seien. «Nur an der Vernehmlassung teilnehmen zu können, hat mit einer richtigen Zusammenarbeit nichts zu tun», sagt er. Zwischen Kanton und den beiden Gemeinden habe bis anhin lediglich ein einziges Vorgespräch stattgefunden – und dies erst noch auf Anregung seines Weesner Amtskollegen.

Peter Remek rechnet sich «relativ guten Chancen» für eine Gutheissung der Beschwerde von Weesen und Amden aus. «Vor allem wegen der mangelhaften Prüfung der Zufahrt», sagt Remek. Im besten Fall werde der Deponiestandort Sittewald aus dem Richtplan entfernt, was immer noch ihr Wunsch sei. Oder die geplante Deponie werde im Richtplan zumindest mal zurückgestellt auf den Stand Zwischenergebnis, um die Erschliessung der Deponie eingehend zu untersuchen.

Bis ein Entscheid des Verwaltungsgerichts vorliegt, dürfte es einige Zeit dauern, meint Remek. Sollte ihre Beschwerde abgelehnt werden, schliessen die beiden Gemeinden einen Weiterzug ans Bundesgericht nicht aus.

## **Stellungnahmen nicht möglich**

Gerne hätte die «Linth-Zeitung» vom für die Richtplananpassung zuständigen kantonalen Bau- und Umweltdepartement gewusst, was es zur Beschwerde der Gemeinden Weesen und Amden sagt. Es war dem Departement jedoch am Montag nicht möglich, die wenigen Fragen dazu zu beantworten.

Auch die Ortsgemeinde Weesen als Grundeigentümerin des Deponiestandorts konnte am Montag keine Stellungnahme zur Beschwerde von Weesen und Amden abgeben.



Bedenken weggewischt

## **Gegen alle Kritik: Regierung setzt Deponie in Amden fest**

Die Regierung hat die Deponie Sittenwald ob Weesen im Richtplan festgesetzt. Dies, obschon sich die Gemeinden Amden und Weesen, wie auch die Bevölkerung und Parteien dagegen wehrten.